

Drei Jahre IBK – Eine Bilanz

Im März 2012 fielen die demokratischen Strukturen durch einen Militärputsch und die Besetzung von zwei Dritteln des mali-schen Staatsgebietes durch rebellierende Tuareg und islamistische Terroristen zu-sammen. Im Juli 2013 wurde Ibrahim Boubacar Keita, kurz IBK genannt, mit überwältigender Mehrheit zum Staatsprä-sidenten gewählt. Er sollte das Land aus der Krise holen. Die Herausforderungen bei seinem Amtsantritt waren enorm. Galt es doch, das Land und insbesondere die nördlichen Regionen Malis zu befrieden, zu versöhnen und zu Prosperität zu ver-helfen. Nach dreijähriger Amtszeit ist es an der Zeit, die Ergebnisse seiner Präsi-dentschaft genauer unter die Lupe zu nehmen.

Malis Präsident Ibrahim Boubacar Keita, im Volksmund IBK genannt, wurde bei den Präsidentschaftswahlen im August 2013 im zweiten Wahlgang mit überwältigender Mehrheit von 77,62 % gewählt und ließ seinen Rivalen, den derzeitigen Oppositionsführer im malischen Abgeordnetenhaus, weit hinter sich. Soumaila Cissé nahm die Niederlage an und gratulierte IBK als einer der ersten zu seinem Wahlsieg. Am 4. September legte IBK seinen Amtseid mit folgenden Versprechen ab, die Sicherheits- und Streitkräfte Malis zu reorganisieren, die Sicherheit und den Frieden im ganzen Land wiederherzustellen, das Problem der Jugendarbeitslosigkeit zu lösen, Verfassungs- und institutionelle Reformen durchzuführen und die Voraussetzungen für eine Wirtschaftserneuerung zu schaffen.

Mitte 2013 glaubte die malische Bevölke-rung noch an die Wahlversprechen IBKs und

stand mehrheitlich hinter ihm. Er war das Schwergewicht der malischen Politik.

Unter Präsident Alpha Oumar Konaré (1992-2002) war er Botschafter Malis in der Elfenbeinküste, Berater des Präsidenten, Außenminister und Premierminister - übrigens der einzige in Mali, der fast sechs Jahre ohne Unterbrechung auf diesem Posten geblieben ist -; zudem Präsident des mali-schen Abgeordnetenhauses unter Präsident Amadou Toumani Touré (2002-2012).

Durch die schwere Krise in 2012 war die Bevölkerung mit so vielen Problemen kon-frontiert, dass sie keine andere Wahl hatte, als sich einen Politiker zu suchen, der auf ausreichend politischer Erfahrung basierend die Lösungen bringen konnte, die das Land so dringend brauchte. Obwohl seine Partei, die RPM (Rassemblement du Peuple Malien), von den 147 im Parlament vertretenen Abgeordneten eine Mehrheit von 77 Abgeordneten hinter sich vereinen konnte, schloss er eine Mehrheitsallianz mit anderen Parteien. Das erlaubte es ihm, seine Regierungszeit mit einer satten Mehrheit zu beginnen. IBK trat sein Amt ebenso in dem Wissen an, die Mehrheit der Bevölkerung hinter sich zu haben. Das gab ihm eine große Handlungs-freiheit.

Heute, nach drei Jahren Regierungszeit, haben sich laut Umfragen fast 60% der Bevölke-rung von IBK abgewandt. Seit Monaten versäumt es die Opposition nicht, IBKs po-litischen Führungsstil an den Pranger zu stellen. Sie werfen ihm nicht nur Korruption und Klientelismus vor; besonders schwer wiegt die unerträgliche Indifferenz, die zu seinem Politikstil geworden zu sein scheint und die sowohl malische Politiker als auch

Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.

MALI

CHRISTINA WAGNER

Dezember 2016

www.kas.de/mali

internationale Beobachter nicht mehr ruhig lässt.

Mehrere Regierungswechsel markieren die Präsidentschaft IBKs. Insgesamt gab es in diesen drei Jahren drei Premierminister, zwei Innenminister, drei Verteidigungsminister und das wichtige Ministerium für territoriale Angelegenheit zählt seinen zweiten Minister. Auch die zu Amtsbeginn geschmiedete Mehrheitsallianz bröckelt sehr stark.

Anfang September 2016 hat sich die Opposition zu einer Pressekonferenz zusammengefunden und mit harten Worten eine Bilanz gezogen: Drei Jahre, in denen sich ein Skandal an den anderen reiht, drei Jahre in denen schlechte Entscheidungen und Nominierungen getroffen werden, drei Jahre nur Versuche, keine Flucht nach vorn, um den Weg für geordnete Verhältnisse zu bereiten. Sie fordert eine Nationalkonferenz mit allen wichtigen Kräften des Landes, um eine Lösung für die Krise im Norden zu finden, um die Sicherheit im gesamten Land wieder herzustellen, und um die Konturen der Institutionen zu zeichnen, die Mali einen neuen Start ermöglichen sollen.

Sogar aus den eigenen Mehrheitsreihen hagelt es Vorwürfe gegen den Präsidenten. Eine der ersten Alliierten IBKs, die Partei ADP-Maliba (Alliance Démocratique pour la Paix) musste die Mehrheitsallianz verlassen, als sie, den Worten ihres Präsidenten und 2. Vizepräsidenten des Abgeordnetenhauses, Amadou Thiam, Glauben schenkend, ausdrückte, dass es während dieser drei Jahre kein einziges Zusammentreffen mit IBK gegeben habe und diese Zeit eine Zeit darstelle, in der Wahrheit fast ein Verbrechen geworden sei.

Mit der Hoffnung auf Verbesserung der wirtschaftlichen und politischen Lage in Mali, ist die Bevölkerung enttäuscht von leeren Wahlversprechungen, der schlechten und vor allem chaotischen Regierungsführung des Präsidenten Keita. Insbesondere nimmt sie es IBK noch immer übel, dass er zu Beginn seiner Amtszeit durch nahe Angehörige auf wichtige Posten gebracht hat. Einige seiner Gegner wollen bis zu sechs Famili-

enmitglieder ausgemacht haben. Zu ihnen zählen u. a. der Präsident des Abgeordnetenhauses, der der Schwiegervater seines Sohnes ist, und sein Sohn selbst, der obgleich mangelnder politischer Erfahrung als Präsident der Verteidigungs- und Sicherheitskommission des malischen Abgeordnetenhauses alles andere als einen unbedeutenden Posten innehat. Aus IBKs Wahlslogan „Le Mali d'abord“ (Mali zuerst) wurde nunmehr „Ma famille d'abord“ (Meine Familie zuerst).

Als IBK im August 2016 das neue Wahlgesetz durch das Abgeordnetenhaus jagen wollte, drohte seine Mehrheitsallianz fast zu zerreißen, hätte die Regierung nicht noch in letzter Minute Zugeständnisse am Wahlgesetz gemacht. Im Laufe der Debatte um diesen Gesetzesentwurf sind am 26. September vier Abgeordnete der Partei IBKs, darunter selbst Gründungsväter der RPM, zurückgetreten mit der Begründung, dass es in dieser Regierung immer unwahrscheinlicher werde, der malischen Bevölkerung einen politischen Perspektivenwechsel zu bieten und ihnen ein klares und kohärentes Projekt vorzuschlagen. Sie konstatierten, dass die Krise im Norden des Landes feststecke und dass die folgenlos gebliebenen Skandale der schlechten Regierungsführung das malische Volk in die Hoffnungslosigkeit treibe. In ihrer Rücktrittserklärung machten sie deutlich, dass in den eigenen Reihen sogar die politische Debatte untersagt sei.

Die Härte an Anschuldigungen lässt glauben, dass dem Präsidenten die Politik immer mehr aus den Händen gleitet. Sicherlich noch etwas zu früh für etwaige Mutmaßungen, jedoch sollte man nicht außer Betracht lassen, dass sich bereits jetzt die ersten Politiker für die anstehenden Präsidentschaftswahlen versuchen zu positionieren. Dieses Säbelrasseln macht aber deutlich, wie es um die Politik Malis derzeit steht.

Sicherheit und Friedensprozess

In den letzten drei Jahren der Regierungszeit IBKs ist der Friedensprozess nur langsam vorangeschritten. Auch die Sicherheitslage hat sich in diesem Zeitraum nicht verbessert, sondern drastisch verschlechtert.

Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.

MALI

CHRISTINA WAGNER

Dezember 2016

www.kas.de/mali

Die terroristische Gefahr und politische Instabilität hatten bereits Ende 2012 solche Proportionen angenommen, dass der malische Staat allein gegen sie nicht ankommen konnte. Die internationale Gemeinschaft, die die Reichweite dieser Situation verstanden bzw. erkannt hatte, unterstützte Malis Regierung im Rahmen mehrerer Missionen und Operationen (Serval, Misma, Minusma, Barkhane etc.), um Mali im Kampf gegen die drohende innere Gefahr zu unterstützen. Auch war sie es, die den Dialog zwischen der Regierung und den Rebellen gefördert hat, was nach zähem Ringen und einem Kompromiss zum Abkommen für den Frieden und die Versöhnung von Algier in Mai und Juni 2015 geführt hat. Bezeichnend ist, dass die Malier nicht wirklich hinter dem Friedensvertrag stehen, dass sie öffentlich ausdrücken, sich mit diesem Vertrag nicht zu identifizieren. Diese ablehnende Haltung kann auch auf die malische Regierung übertragen werden, die nicht genug unternimmt oder zu unternehmen scheint, um die Befriedung des Landes voranzutreiben. Heute ist die Situation kritischer als zuvor: die Rebellenbewegungen haben sich ausgeweitet, und die djihadistischen Gruppen sich derart aufgestellt, dass sie im gesamten Land terroristische Akte unternehmen können. Beispiele gibt es genug. Neben dem Angriff auf das Radisson Blue Hotel im November 2015, kommen die im Wochentakt tödlichen Angriffe auf Minusma-Soldaten hinzu, oder der Angriff auf das EUTM-Hauptquartier im März 2016 sowie andere Gewaltakte der terroristischen Gruppierungen (Ansar Dine, AQMI, MUJAO, die FLM usw.), um nur einige zu nennen. Die terroristischen Gruppierungen konnten sich in seiner Amtszeit bis in den Süden ausdehnen und die Gründung neuer Organisationen führt zu einer unübersichtlichen Lage der Akteure. Eine nachdrückliche Gegenwirkung dieser Tendenzen seitens der Regierung ist bis heute nicht zu erkennen.

Gegenwärtig bleibt das Land gespalten, weil die Rebellen und die bewaffneten Gruppen weiterhin größere Teile des Landes in ihrer Macht halten. Noch immer sind Städte und Regionen wie Timbuktu, Gao und Mopti gefährlich. Kidal ist zu einem No-Go-Gebiet geworden. Wenn zu Beginn ihres Einsatzes

die Stabilisierungsmission der UN, kurz Minusma genannt, sich um den Schutz der Bevölkerung einsetzte, ist sie heute mit einem robusten Mandat unterwegs - ein Mandat was, angesichts der vielen Toten, die unter den Blauhelmen und der Zivilbevölkerung zu beklagen sind, notwendig geworden ist.

In der Sorgenregion Kidal, die Tuareg-Hochburg Malis, kämpfen die Tuareg-Stämme der Ifoghas und der Imghad weiterhin um die Kontrolle in der Stadt Kidal. Die angebotenen intensiven Mediationsversuche seitens der Minusma und der nigrischen Regierung haben nicht zu einem Ende der Kämpfe geführt. Mittlerweile haben sich religiöse Führer in die Mediationsversuche gemischt. Diese Auseinandersetzungen bedrohen ernsthaft den Friedenprozess und es hat den Eindruck, als ob diese ernste Lage die Regierung kalt lässt.

Die Mopti-Region, das geographische Zentrum des Landes, muss heute mehr denn je terroristische Attacken und Überfälle fürchten, in die sich die Interessen der Bevölkerungsgruppe der Peulh¹ mischen. Mit der Besetzung des Landes in 2012 und auch danach, haben sich sehr schnell Verbindungen zwischen den terroristischen Gruppen und den Peulh hergestellt. Seitdem ist die Frage der Peulh und ihre Verbindungen zu den Terroristen eine sehr sensible in Mali geworden. Mehrere Selbstverteidigungsgruppen dieser Bevölkerungsgruppe haben sich in dieser Region formiert, und mehrere malische Persönlichkeiten, die dieser Ethnie angehören, haben sich positioniert und den Staat beschuldigt, nicht ausreichend gegen den Schutz dieser Bevölkerungsgruppe zu tun.

Anfang September dieses Jahres gelang es der Mitgliedern der Peulh, durch terroristische Aktionen die Stadt Boni in der Region Mopti im Handumdrehen einzunehmen und

¹ Es gibt eine Vielzahl von Bezeichnungen und Namensschreibungen für diese Ethnie – Fulbe, Fulani, Fülani, Fula, Fulla, Fullah, Fulah, Foulah, Fulas, Futafula, Fulata, Fellah, Felatta, Felatah, Fellaata, Fulanie, Filani, Hilani, Peul, Peulh, Pulo u.a., die je nach Sprachraum wie auch in Deutschland unterschiedlich benutzt werden. Die Verfasserin beschränkt sich auf die Bezeichnung „Peulh“, wie sie im französisch-sprachigen Raum benutzt wird.

Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.

MALI

CHRISTINA WAGNER

Dezember 2016

www.kas.de/mali

zu besetzen. Trotz der Festnahmen und Verhaftungen von Schlüsselpersonen durch die malischen Sicherheitskräfte in der ersten Hälfte dieses Jahres, konnte dieser letzte Angriff aus terroristischer Sicht als Erfolg gewertet werden. Die erste Reaktion IBKs darauf war die Absetzung des Verteidigungsministers. Militärische Aktionen folgten erst später.

Die von der Regierung IBKs in Gang gesetzten Reformen zur Stärkung der Sicherheitskräfte tragen noch keine Früchte. So hat sie beispielsweise ein Gesetz erlassen, welches den Sicherheitskräften die notwendige Ausstattung zum Kampf gegen die Sicherheitsbedrohungen zur Verfügung stellen soll. Über dieses Gesetz mobilisiert die Regierung jedes Jahr Milliarden Francs CFA für Ausrüstung, Rekrutierung und Ausbildung des Personals dieser Sicherheitskräfte. Darüber hinaus hat sie ein großes Programm zur Reform des Sicherheitssektors in Gang gesetzt. Es ist schwierig, diesen Maßnahmen Wirkungen beizumessen, da sie voraussetzen, dass sich die malischen Sicherheitskräfte selbst zur Wehr setzen. Das ist jedoch noch nicht der Fall.

Das Abkommen für Frieden und Versöhnung soll das geeignete Instrument zur Befriedung Malis sein. Dieses sieht die Einsetzung von Übergangsverwaltungen in Gebieten vor, die in denen keine staatliche Verwaltung vorhanden ist. Die Zusammensetzung der Übergangsverwaltungen geht von einer Parität zwischen den Mitgliedern der Unterzeichner des Friedensvertrages aus. Demnach setzen sich die Mitglieder zu gleichen Teilen aus Vertretern der Regierung, der regierungstreuen Plattform und der Rebellen-Gruppierungen der *Coordination des Mouvements de l'Azawad* (CMA) zusammen. Allerdings sind diese Übergangsverwaltungen noch nicht eingesetzt und die Regierung tut sich schwer, dies zu forcieren.

Auch die Einsetzung der Wahrheits- und Versöhnungskommission hat dem Präsidenten keine Lorbeeren beschert. Ihre Unabhängigkeit ist mit der Koppelung an das Justizministerium in Frage gestellt, was sie um die Erfüllung ihrer Aufgabe bringen kann, nämlich die Vergangenheit aufzuar-

beiten und Empfehlungen abzugeben, die es dem Land ermöglichen, die Bedingungen dafür zu schaffen, dass es sich befrieden und versöhnen kann. Leider hat die malische Regierung im Rahmen der Etablierungsphase der Kommission kein glückliches Händchen bei der Auswahl der Kommissare gezeigt – mal abgesehen von den grundsätzlichen Schwierigkeiten, die eine solche Kommission bei der Installation und der Ausführung ihrer Arbeit begegnet. Bereits die Auswahl einiger Kommissare hat harsche Kritik bei der Bevölkerung hervorgerufen, die sich hierdurch wenig veranlasst sieht, mit der Kommission zu kooperieren. Die Nominierung von Frau Nina Walet beispielsweise, einflussreiche Vertreterin der Frauen der vorwiegend aus Mitgliedern der aus Libyen zurückgekehrten Tuareg-Rebellen MNLA, hat der Kommission eine sehr schlechte Glaubwürdigkeit beschert. Sie wurde im Rahmen einer der kürzlich stattfindenden Regierungsumbildung zur Ministerin für Tourismus und Handwerk ernannt.

Korruption

Die schlechte Regierungsführung ist eines der inhärentesten Probleme Malis. Das Jahr 2014 wurde von der die Regierung IBKs als Jahr zur Bekämpfung gegen die Korruption und die Finanzkriminalität ausgerufen. Leider wurde es das Jahr mit den meisten Finanzskandalen. Der Präsident des malischen Rechnungshofes konstatierte in seinen 2015 erschienen Berichten für die Jahre 2013 und 2014, dass der öffentlichen Kasse eine Summe der Größenordnung von 152 Milliarden FCFA (über 230 Mio. EUR) fehlen und belegt in aller Klarheit die Einzelheiten.² Sicherlich existieren in der malischen Gesetzgebung Vorschriften zur Korruptionsbekämpfung. Ebenso existieren Institutionen, die Korruptionsbekämpfung vorantreiben sollen. Allerdings werden die Vorschriften zur Korruptionsbekämpfung nicht angewendet. Drei Jahre später erklären alle Institutionen des Landes wie auch die Zivilgesellschaft unmissverständlich, dass die Korruptionsbekämpfung in Mali nicht funktioniert

² s. Berichte 2013 und 2014 unter: <http://www.bvg-mali.org/article/categorie/categorie/14.html>

Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.

MALI

CHRISTINA WAGNER

Dezember 2016

www.kas.de/mali

hat. Die politischen Parteien führen beispielhaft an: Praktiken der Überfakturierung, illegale Vergabemethoden bei öffentlichen Ausschreibungen, missbräuchliche Verwendung öffentlicher Gelder und vor allem - Verschwendung. Auch der Justizapparat ist höchst korruptionsanfällig. Es heißt, dass ein guter Anwalt solcher sei, der einen guten Draht zu gewissen Richtern hat. Der Justizminister hat sich kürzlich nach einem Korruptionsskandal innerhalb der Richterschaft öffentlich dem Kampf gegen die Korruption verschrieben, was erheblichen Unmut der unabhängig agierenden Richter hervorgerufen hat.

An Beispielen werden immer wieder diese vorgebracht: Der Kauf eines Luxusflugzeuges für sein Präsidialamt in 2014 für einen Preis von 28 Mio. EUR brachte IKB herbe Kritik ein. Es kam heraus, dass der Eigentümer des Flugzeuges nicht klar identifizierbar sei und die Registrierung auf den Bahamas erfolgt sein soll. Die Verhandlungen für den Kauf des Flugzeuges sollen von dem Franzosen Michel Tomi geführt worden sein, der sich seit zwei Jahren vor der französischen Justiz verantworten muss. Ihm wird Korruption und Veruntreuung von öffentlichen, ausländischen Geldern vorgeworfen.

Dass IBK ein vielreisender Präsident ist, ist unumstritten. Seinen Gegnern jedoch ist dies ein Dorn im Auge. Sie werfen ihm Geldverschwendung vor. Die Zeitungen veröffentlichen wiederkehrend Berechnungen, nach denen der Präsident in seiner Amtszeit an die 100 Reisen gemacht und damit nahezu 620.000 km in der Luft verbracht haben soll. Dabei soll jede Stunde seiner Reise den malischen Staat ungefähr 13 Millionen FCFA kosten (fast 20.000 EUR).³

Im April dieses Jahres hat die malische Regierung dem, durch den Friedensvertrag eingesetzten Koordinationsmechanismus MOC (*Mécanisme opérationnel de coordination*), 42 Fahrzeuge für die gemischten Patrouillen gekauft. Diese sollen, der Presse nach insgesamt 2.300.000.000 FCFA (3,5

Mio. EUR) gekostet haben. Eine Ausgabe in dieser Größenordnung war für die Bevölkerung, die einen Ausweg aus der Krise und dem sozialen wie wirtschaftlichen Dilemma des Landes sucht, nicht mehr zu vermitteln.

Sozial- und Wirtschaftspolitik

Mali gehört zu einem der ärmsten Länder der Welt (2015: Rang 179 von insgesamt 188). Dieser Rang ergibt sich aus den Indikatoren über die menschliche Entwicklung des Entwicklungsprogramms der Vereinten Nationen. Der Bereich der Armutsbekämpfung müsste konsequenterweise eine der Prioritäten des Landes darstellen. Allerdings hat sich in diesem Bereich in den drei Jahren Regierungszeit so gut wie nichts getan; Spezialisten sagen, dass sich das Lebensniveau der Bevölkerung nicht verändert habe. Die junge Bevölkerung sucht noch immer nach Arbeitsmöglichkeiten, obwohl IBK vor drei Jahren angekündigt hatte, 200.000 neue Arbeitsplätze zu schaffen. Lediglich die Hälfte hat er geschafft. Das Bildungssystem befindet sich noch immer in der Krise, wie die Streiks der Lehrer an öffentlichen Schulen immer wieder vor Augen führen. Auch das Gesundheitswesen ist dringend reformbedürftig.

Im Bereich der Wirtschaft zeichnen die Zahlen erstaunlicherweise ein nicht ganz so düsteres Bild: Obgleich das Bruttoinlandsprodukt dem Internationalen Währungsfond zufolge in 2016 bei mit 5,3% stark bleiben soll, ist es hauptsächlich gespeist von einer Produktionserhöhung in den Bereichen Landwirtschaft, Bau, Dienstleistung und insb. Transport, Kommunikation und Handel. Für 2016 sollten die öffentlichen Investitionen um 35% steigen und die Kreditvergabe um 10%. Die Preise sollten lt. Nationalem Statistik-Institut⁴ zwischen April 2015 und April 2016 um 2,5% gefallen sein; die Arbeitslosigkeit soll 10,6 % der aktiven Bevölkerung in der Altersgruppe zwischen 15 und 64 Jahren betragen. Es bescheinigt

³ Malilink Investigative Reporting Group, mit Sitz in den USA, soll minutiös die Daten über die Flüge des Präsidenten verfolgen, s. bspw. Infosept No 150 vom 30.09.2016

⁴ Siehe www.instat-mali.org; für weitere Informationen siehe auch <http://www.banquemondiale.org/fr/country/mali>; http://malijet.com/actualite_economique_du_mali/6025_l_economie_malienne_la_part_de_l_agriculture_pluviale.html; oder <http://www.cnscmali.org/docs/pdf/Site/mali.pdf>.

Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.

MALI

CHRISTINA WAGNER

Dezember 2016

www.kas.de/mali

eine Steigerung der Steuereinnahmen, die eine Reduzierung des öffentlichen Schulden von 1,8% des Bruttoinlandsproduktes zur Folge haben sollen; zudem soll Mali alle Ziele erreichen, die es gegenüber den Geldgebern eingegangen ist.

Die Zahlen kaschieren nur schlecht einige Realitäten des Kernlandes, das sehr weit von der dem wirtschaftlichen Zentrum Bamako entfernt ist. Es ist insbesondere der Landwirtschaftsbereich, der mit einer Beschäftigung von ca. 2/3 der wirtschaftlich aktiven Bevölkerung die Wirtschaftsbilanz schöntr. Die wirtschaftlich bedeutsamen Sektoren des Goldbergbaus und Baumwollanbaus sind erheblichen Schwankungen des Weltmarktes ausgesetzt. Der Baumwollanbau hängt zudem von den klimatischen Schwankungen ab und insbesondere vom chinesischen Absatzmarkt. Dieses deutlich wirtschaftliche Gefälle zwischen dem Norden und dem Süden des Landes hat IBK bislang nicht verringern können. Es wird sich zeigen, inwieweit zukünftig eine voranschreitende Dezentralisierungspolitik dieses ausgleichen kann.

Auch sind die enormen Überweisungen von Geldbeträgen an Familienmitglieder von im Ausland lebenden Maliern nicht unerheblich für die Entwicklung der Bevölkerung. Diese soll nach Schätzungen ca. 10% des Bruttoinlandsproduktes ausmachen. Hier versteht es sich von selbst, dass auch IBK seine Migrationspolitik nicht den Vorgaben der Europäer anpassen möchte.

Mit seiner derzeitige Sicherheits- und Korruptionsproblemen ist und bleibt Mali wenig attraktiv für Investoren. Auch die Rechts- und Steuerpolitik haben einen großen Anteil daran. Schwierige und auch korrupte Prozeduren erschweren die Einfuhr von Gütern. Im Zollbereich verlangt Mali im Rahmen der erforderlichen Prozeduren bei der Entzollung acht Dokumente; in der Elfenbeinküste sind es nur fünf. Eine Studie der Wirtschaftskommission der Vereinten Nationen für Afrika (CEA) stellt fest, dass Mali neben komplizierten Regelungen kein solides Eigentumsrecht aufweist; auch verfügt es über keinen angepassten Sozialschutz; zudem seien die Steuern viele zu hoch und die Infrastruktur

nicht angepasst. Um in Mali ein Unternehmen zu eröffnen, verlangt das malische Recht eine 13 Prozeduren – im benachbarten Benin lediglich acht. Auch die Zeit, die eine Unternehmensgründung dauert, wird in Mali mit 42 Tagen benannt, mit 35 im ebenfalls benachbarten Niger.

Statistiken zufolge sind 2-3 Millionen Menschen im informellen Sektor beschäftigt, der vor allem in den Bereichen Landwirtschaft, Viehzucht, Fischerei, der Industrie, Gesundheit, Erziehung und Handel eine Rolle spielt. Hier finden sich arbeitslose Diplomierte wieder, Beamte im Ruhestand, Frauen, die Kleinsthandel betreiben, junge Menschen auf der Suche nach einem geringen Einkommen, Friseure, Mechaniker, Schneider u.a. Alle Bevölkerungsschichten einbezogen, deckt der informelle Sektor in Mali ca. 171 Berufe ab und 240 Produkte über das gesamte Staatsgebiet verteilt. Über ihn generieren sich enorme Finanzströme, mehr als 700 Milliarden FCFA pro Jahr, von denen der Staat auch seinen Topf füllen möchte. Allerdings ist der informelle Sektor mit ernststen Problemen konfrontiert: zu geringes Einkommen und wenig Zugang zu Krediten und Produktionsmitteln. Es fehlt an Förderungsstrategien für diesen bislang vernachlässigten Sektor. Es kommt immer wieder zu Streitigkeiten zwischen den Stadtverwaltungen und den Angehörigen des informellen Sektors. Erst im August ist die Stadtverwaltung Bamakos gegen die illegal aufgebauten Geschäfte vorgegangen und hat sie dem Erdboden gleichgemacht. Zwar wurden die Eigentümer der Geschäfte im Vorfeld über den Abriss informiert, aber keiner stellt sich die Frage, was nun mit den Tausenden von Arbeitslosen geschehen soll. Die Opposition wirft IBK vor, sich hier nicht ausreichend positioniert zu haben.

Fazit

Drei Jahre IBK – die Bilanz ist düster. Mehrere Regierungswechsel markieren die Regierung IBKs und sind Zeugnis für die instabile Politik des Präsidenten. IBK hat es in seiner dreijährigen Amtszeit nicht geschafft, die Spirale der Gewalt zu unterbrechen und den Frieden auf einen guten Weg zu bringen. Im Gegenteil: Es ist eine politische

Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.

MALI

CHRISTINA WAGNER

Dezember 2016

www.kas.de/mali

Gleichgültigkeit, die die Politik IBKs durchzieht, ein Desinteresse für den Frieden und den Fortschritt des Landes – so jedenfalls nehmen es die Bevölkerung und die Politik des Landes wahr. Mittlerweise verbergen auch Repräsentanten internationaler Institutionen und Repräsentationen ihren Unmut nicht mehr. Kürzlich hat der amerikanische Botschafter IBK öffentlich aufgefordert, seine privaten und öffentlichen Beziehungen zur der regierungstreuen Milizengruppe GATIA, die von dem malischen General El Hadj Ag Gamou geführt wird, abubrechen; sie ist es vor allem, die momentan in der Region Kidal den Friedensprozess auf eine harte Probe stellt. Gleichwohl bleibt die Krise im Norden auch in seiner verbleibenden Amtszeit eine Herausforderung, derer er sich annehmen muss. Sie ist der Schlüssel zur Entwicklung des Landes. Wenn Mali es schafft, das Land zu vereinen und zu befrieden, werden die Herausforderungen nachlassen, und der gesamte westafrikanische Raum wird davon profitieren.